

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbestellung ohne Befreiung monatlich 2,- M., bei Zustellung unter Straßband 2,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragene

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verleger: Kurt Roden 2895 und 2896.

Interate kosten die achtzehnte, Nonpareilgröße oder beim Raum 120 III., Wochenzeitung das festschriftliche Wert 60 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Umrechnungsschlag 60 Proz. Familien- und Versammlungsanzeigen 1919 der Zeitung fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Telefon: Kurt Roden 2768

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Abbruch des Eisenbahnerstreiks.

## Die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Von der Bezirksleitung des Eisenbahnerverbandes wird uns geschrieben:

Die gestrige Funktioneingabe hat mit knapper Majorität die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. 123 waren für Beendigung des Streiks, 106 dagegen, 8 enthielten sich der Stimme. Die Funktionäre erklären, daß sie sich durch den Erlaß des Herrn Eisenbahnministers Dezer keineswegs beunruhigt fühlen. Sie erwarten ferner, daß ihre Forderungen noch als bestehend zu betrachten sind. Sie werden ihre Teilkaktion abbrechen, falls aber die Regierung auf ihrem Standpunkt beharrt, mit allen Mitteln den Generallstreik systematisch vorbereiten. Sie erklären weiter, daß sie bestimmt erwarten, daß die Regierung die Streiktage bezahlt und daß auch die Allgemeinheit für die Bezahlung der Streiktage eintrete, da auch die Eisenbahner für die Allgemeinheit, wenn auch indirekt, den Abbau der Lebensmittelpreise herbeigeführt haben.

In einer Funktionäreingabe der streikenden Eisenbahner wurde gestern nachmittag mit 123 gegen 106 Stimmen der Abbruch des Streiks beschlossen. Die Arbeit wird am Donnerstag früh wieder aufgenommen werden. Der Erlaß des Eisenbahnministers Dezer, der die Streikenden mit der Hungerpreiße zur Arbeit zwingen wollte, war für die Verbeisführung des Streikabbruchs, wie die Erklärung der Bezirksleitung der Eisenbahner betont, nicht maßgebend. Der Erlaß hat vielmehr bei den Eisenbahner eine ebenso große Erbitterung hervorgerufen, wie der Noske'sche Streik-erlaß. Das bewies vor allem die geheime Abstimmung, die gestern vormittag in den einzelnen Betrieben stattfand. Von 18 888 Stimmberechtigten stimmten 12 206 für die Fortsetzung des Streiks, 6084 gegen den Streik. Auch der in Rücksicht gestellte Abbau der Lebensmittelpreise hat die Eisenbahner nicht zufriedengestellt. Der Abbau kommt der gesamten Bevölkerung zugute, während die Eisenbahner behaupten, noch Sonderforderungen an die Regierung zu haben, die sich aus der Lage ihres Berufes heraus ergeben. Sie halten daran fest, daß ihre wirtschaftliche Lage verbessert werden muß. Wenn sie sich trotzdem für den Abbruch des Streiks erklären, so geschah dies deshalb, weil sie die Allgemeinheit nicht länger abwürgen wollen.

Die Eisenbahner befürchten, daß durch die Bedingungenlose Wiederaufnahme der Arbeit die Regierung sich in ihrer Machtposition ihnen gegenüber wesentlich gestärkt fühlt. Sie erwarten aber von der Regierung, daß sie trotzdem keine Maßregelungen vornimmt und die Erbitterung der Arbeiter, die noch keineswegs gelost ist, von neuem steigert. Die Regierung könnte sonst plötzlich wieder vor Schwärzigen stehen, die vielleicht noch größer werden würden als diejenigen, die jetzt durch die Beilegung des Streiks über- wunden sind.

Die berechtigt die Befürchtungen der Eisenbahner sind, geht aus folgender Meldung hervor:

Die die P. R. N. hören, hat die preussische Finanzverwaltung unter Hinweis auf die drohende Lage der Staatsfinanzen den Minister der öffentlichen Arbeiten darauf aufmerksam gemacht, daß es bei aller Würdigung der sozialen Beziehungen des Eisenbahnministeriums notwendig sei, die Arbeitskräfte in den Dienststellen und Werkstätten der Staats- eisenbahnverwaltung auf das zur Aufrechterhaltung des Dienstes notwendige Maß zu beschränken.

Hier wird ganz offen ausgesprochen, daß die Regierung geionnen ist, Entlassungen vorzunehmen. Diese Entlassungen werden letzten Endes nichts weiter sein als verküppelte Maßregelungen, von denen alle diejenigen betroffen werden, die bei dem Streik im Interesse ihrer Klasse irgendwie hervorgetreten sind. Aber es soll der Regierung schon jetzt gesagt sein, daß sie mit diesen, den Schwärzern abgequackten Methoden auf die Dauer keine gesunden Zustände bei der Eisenbahn schaffen wird. Sie wird nur neues Blut ins Feuer gießen, und dieses Feuer wird sie auch durch die Züchtung von Geloten in den Eisenbahnbetrieben nicht zu dämpfen vermögen. Die Anwendung von Gewaltmitteln zu diesem Zweck auf wirtschaftlichem Gebiete genau so verjagen, wie sie bisher auf politischem Gebiete verjagt hat.

Obwohl nach den Beschlüssen der Funktionäre der Streik der Eisenbahner beendet ist, verbreitet W. T. B. die Meldung, daß die Marinbrigaden Loewenfeld und Erhardt und Teile der technischen Abteilung des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps sich freiwillig bereit erklärt haben, den Verkehr der lebensmittel- gültige sicherzustellen.

Nach unserer Auffassung hat das Militär in den Eisenbahn- betrieben nichts zu suchen. Seine Anwesenheit kann nur Anlaß zu neuen Konflikten geben. Wir erwarten daher, daß diese in Rücksicht gestellte Maßnahme nicht zur Durchführung kommt.

## Noskes Streikerlaß nicht aufgehoben.

Jeder Jurist im ersten Semester weiß, daß die Aufhebung einer ordnungsmäßig veröffentlichten Verordnung nur durch die formgemäße Zurücknahme im Wege der öffentlichen Bekanntmachung erfolgen kann. Das ist bezüglich des Noske'schen Streikverbotes gegen die Eisenbahner nicht geschehen. Trotzdem wagen es amtliche Stellen, nachdem sie, was sehr bezeichnend ist, mehrere Tage auf unsere diesbezüglichen Feststellungen ge- schwiegen haben, auf unsere erneute Feststellung im gestrigen Morgenblatt und der „Entstellung“ zu bezichtigen. Die „P. R. N.“ aber plaudern in einer Entgegnung auf unsere Feststellung aus, wofür ihnen ihre Auftraggeber wohl kaum dankbar sein werden, welches nun die wirkliche Ansicht und Absicht der amtlichen Stellen ist. Sie schreiben:

Der Cefersche Erlaß bringt gleichfalls klar zum Ausdruck, daß die Aufhebung erfolgt sei, allerdings in der Voraussetzung, daß die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen würden. Dies ist bisher nicht geschehen.

Damit ist klar ausgedrückt, daß die amtlichen Stellen jetzt die Absicht haben, auf Grund dieses angeblich aufgehobenen, in Wirklichkeit aber noch bestehenden Erlasses gegen die Eisenbahner vorzugehen. Wir stellen deshalb erneut fest, daß der Erlaß niemals ordnungsgemäß aufgehoben war und alle entgegenstehenden Behauptungen un- wahr sind. Die Eisenbahner sind also von Anfang an getäuscht worden.

## Lebensmittelunruhen in Dortmund.

D. H. Dortmund, 2. Juli. Nachdem die Erbitterung über die unerträglich hohen Preise bereits gestern im benachbarten Hörde zu schweren Ausschreitungen geführt hatte, kam es heute auch in Dortmund zu größeren Unruhen. Um 10 Uhr zogen größere Truppen zum hiesigen Wochenmarkt, plünderten die Vorräte und warfen alles durcheinander. Große Warenbestände wurden fortgeschleppt oder vernichtet. Darauf zog die Menge durch die Straßen und erzwang die Herausgabe von Waren aller Art zu Schandenpreisen. Polizei und Sicherheitswehr schritten ein und machten von ihren Waffen Gebrauch. Es wurden drei Männer schwer verletzt und ein Kind getötet. Um 12 Uhr befanden sich bereits 12 Verletzte in den Krankenhäusern. Die Aufregung in der Stadt ist ungeheuer.

## Foribauer der Unruhen in Hörde.

Hörde, 2. Juli. Heute vormittag wurden auf dem Wochenmarkt sämtliche Verkaufsstände gestürmt und die Ware teilweise zu erniedrigten Preisen verkauft, teilweise zerstört. Sicherheits- wehr und Polizeimannschaft griffen ein, wobei Schüsse fielen. Es gab mehrere Schwerverwundete, bis jetzt sind sechs getötet, und anscheinend auch Tote. Die erregte Menge wandte sich gegen die Sicherheitswehr und mißhandelte verschiedene Angehörige derselben. Die Unruhen dauern an.

## Passive Resistenz der Frankfurter Eisenbahner.

Frankfurt a. M., 2. Juli. W. T. B. meldet: Eine von über 10 000 Eisenbahnarbeitern besuchte Versammlung beschloß heute nachmittag, von morgen früh 6 Uhr, ab in den Streik zu treten, der sich zunächst nur in passiver Resistenz äußern soll. Ein Vertreter der Eisenbahnbeamten, dessen Bund ein Flugblatt gegen den Streik herausgegeben hat, warnte vor Teilkaktionen. Es ist deshalb ungewiß, ob die Eisenbahnbeamten sich dem Streik anschließen werden.

## Pogromheke.

Der Kampf der reaktionären Kräfte gegen die revolutionäre Bewegung des Proletariats nimmt immer ekelhaftere Formen an. Je mehr die bisher herrschenden Klassen sich in ihren Machtstellungen bedroht fühlen, desto wildere Formen nimmt der Kampf an, den sie gegen die aufstrebenden Massen führen. Aus dem Arsenal der menschlichen Barbarei und Verworfenheit werden die vergiftetsten Waffen hervorgeholt; auch die letzten Hülsen der sogenannten Kultur werden abgeworfen und mit kühler Berechnung beschwört die bürgerliche Welt die dunklen Schichten mittelalterlicher Bartholomäusnächte herauf, um durch die Entfesselung wilder, niedrigster Instinkte ihre erschütterte Herrschaft zu befestigen.

Eines der beliebtesten Mittel dieser Art ist die antijeminitische Pogromheke, die namentlich in Deutschland und Oesterreich immer strecher auftritt. Bisher wurde diese Heke mehr im Verborgenen getrieben. Kleine Winkelblättchen und Flugblätter trugen das Gift der antisemitischen Verheerung in die Bevölkerung hinein; in kleinen Konventikeln erging man sich in wilden Schmähen gegen die Juden als die Urheber alles Bösen, und ward Anhänger für die demnächst zu erwartende „Abrechnung“ mit der Judentum. Jetzt jedoch wagt sich diese Pogromheke auch in die größere Öffentlichkeit hinaus. Die „Germania“, das führende Organ der Zentrums- und der Reichspartei, deren Mitglieder zusammen mit den Rechtssozialisten die Regierung bilden, veröffentlichte in ihrer Morgenausgabe vom 1. d. M. an leitender Stelle einen Separatkel, der in eine unabweisliche Drohung mit Judenpogromen ausklingt. Das Blatt glaubt die Tatsache feststellen zu können, daß die Juden in allen Ländern in den erlitten-revolutionären Bewegungen eine führende Rolle spielen, und erklärt dies damit, daß das jüdische Volk es angeblich stets verstanden habe, aus Revolutionen Nutzen für sich zu ziehen, da gerade in den Zeiten des Unsturzes stets „sein Weizen blüht“. Deshalb müsse nun das Judentum allen Ernstes daran erinnert werden, daß Druck Gegendruck erzeuge. Nicht allein in Budapest lehne sich das nationale und menschenliche Empfinden zur Zeit gegen die Juden auf, weil man sie für die Hauptschuldigen des Bolschewismus halte; dasselbe geschehe in Rußland, in der Ukraine, ja, man könne sagen: mehr oder weniger in der ganzen Welt.

Mit jesuitischer Heuchelei wehrt sich das Zentrumsorgan gegen den Vorwurf, daß es dem Antisemitismus Vorkammandienste leisten wolle. Es verwahrt sich auch dagegen, als ob es gegen die Juden Drohungen erhebe. Nein, an derartige Dinge denkt das edle Organ nicht. Aber mit frommen Augenausschlag weist es auf die notwendigen Konsequenzen hin, die eintreten würden, wenn die Juden selbst sich nicht von den Unstürzern in ihren Reihen loslösen würden. Geschehe das, so seien, falls die Spartaikisten einmal abgesetzt sind, keine Judenverfolgungen und Pogrome zu befürchten. „Sollte das aber in dem bisherigen Stile weitergehen, dann wird kein Reich abwenden können, was kommen muß.“

Im Rücke dieser offenen Kampfanlage des führenden Zentrumsorgans wehnen die geheimen Wählerkrieger der Pogromisten einen weit erweiteren Charakter an, als man ihnen bisher zuschreiben durfte. Es dürfte deshalb schon im Interesse der politischen Gesundheit unseres Landes angebracht erscheinen, in jene Klauen hineinzuleuchten, aus denen die „Germania“ ihre Argumente und Streikkräfte gegen die revolutionäre Gefahr der Judentum holt.

Die Zentrale der antisemitischen Propaganda, die in den letzten Monaten ihre Flugblätter und Proschüren in Fabriken, Kasernen, Eisenbahnhöfen usw. austreute, scheint der sogenannte „Ausdruck für Volksaufklärung“ (Berlin W. 9, Köllener Str. 46) zu sein. Neben diesem Verein, der regelmäßig geheime Versammlungen veranstaltet, in denen Instruktionen für die Pogrompropaganda erteilt werden, betätigen sich in derselben Richtung: die Deutsche Erneuerungsgemeinde (Leipzig, Königstr. 17), ferner der Deutschböhmische Bund (Hamburg, Karolinenstr. 16), dann der Reichshammerbund (Darmstadt 36), schließlich noch der Schut- und Trugbund (Duisburg-Ruhrort) und vor allem dessen Landesverein Württemberg (Stuttgart, Turmstr. 7).

Alle Flugblätter, die von diesen Organisationen her-  
ausgegeben werden, fordern fast ohne eine Ausnahme, mehr  
oder minder verächtlich, zu Gewalttätigkeiten gegen  
die Juden auf. So heißt es in einem vom Ausschuss für  
Volksaufklärung verbreiteten Flugblatt Nr. 14 unter der  
Überschrift: „Schließt Euch zu entscheidender Tat zusammen!“ Und  
dann: „Auf, Volksgenossen! Auf zur Tat! Wehret Euch!“  
Ein Fortsdirektor, Max Meyer, Berlin-Wilmersdorf,  
Glinckestr. 89a, Ehrenmitglied des Deutschen Volksbundes,  
schreibt in einem von ihm herausgegebenen Flugblatt:

„Ihr wißt aus dem Munde der Juden selbst, daß sie im  
Verein mit einer Hand voll ehelicher Weibchen um diese Zustände  
geschaffen haben. Das war nicht mehr und nicht weniger als  
Raubverbrecher höchster Potenz und verdient den Tod.“

Und weiter heißt es:  
„Von diesen fremden Aufstiegern, den Juden, werden wir  
uns binnen kurzem befreien, restlos und erbarmungs-  
los.“

Hand in Hand mit dieser Pogromhege, von der wir nur  
einige wenige Proben gegeben haben, gehen die Vor-  
bereitungen der Antisemiten, sich eine Pogromgarde  
zu schaffen. Am 11. Februar 1919 fand im „Reinhold“  
eine Geheimversammlung des Ausschusses für Volksaufklärung  
statt, in der Regierungsrat Graf v. Helldorf und  
Leutnant v. Arnim tatkräftiges Handeln gegen die Juden  
verlangten. Dann erklärte ein Vorstandsmittglied, daß dem  
Ausschuss für Volksaufklärung ein freiwilliges Werbebüro  
vom Kriegsministerium sanktioniert sei, und er fügte hinzu,  
daß der Kriegsminister allerdings nicht wisse, daß diesem  
Werbebüro nur Freiwillige mit antisemitischer Gesinnung  
entnommen werden.

Der Ausschuss für Volksaufklärung versuchte zuerst in  
Fachzeitschriften für seine Pogromgarde zu werben. Da dies  
aber offensichtlich nicht den gewünschten Erfolg hatte, so er-  
schien in der Mitte des Jahres der früheren Königl.  
Bibliothek, Max in dem Gebäude der Universitätsbibliothek,  
ein Ausschlag, der dann auch in zahlreichen Flugblättern  
verbreitet wurde. Es heißt darin:

„Freiwillige aller Truppengattungen... deutsch-germanischer  
Abkunft, die Wert darauf legen, bei Truppenteilen einzutreten,  
bei denen weder Juden noch Halbjuden, noch Juden-  
genossen Aufnahme finden, können zu den von der Regierung  
sehr geehrten Beschäftigungs- und Wohnungsfähigen, die sich in  
unserem Werbebüro einschreiben lassen.“ Jeder bei und an-  
genommene Freiwillige muß sich über schriftlich überprüfbar  
verpflichten, sich zu jeder Zeit zu unserer Verfügung zu halten,  
sobald er die Aufforderung zum Eintritt erhält.“

Wer diese Heißen richtig liest, ist sich darüber klar, daß  
diese Freiwilligenformation und diese Art „Reiße-  
freiwillige“ die gewünschte Pogromgarde darstellen sollen. Daß  
deshalb der Ausschuss für Volksaufklärung seine antisemitische  
Propaganda besonders in Kasernen (Kornz Pätzow,  
Brigade Reinhard usw.) treibt, ist einleuchtend.

Besonders kennzeichnend für das Treiben der Po-  
gromisten ist die Tatsache, daß Hand in Hand mit der Hege  
gegen die Juden eine wilde konterrevolutionäre  
Agitation getrieben wird. Unter Ausnutzung nationa-  
listischer Vorurteile, die leider noch immer in manchen  
Volkskreisen verbreitet sind, und unter Ausnutzung der  
niedrigsten Instinkte wird unter der Maske der angeblichen  
Befreiung des arbeitenden Volkes von den „jüdischen Blut-  
saugern“, die auch aus der Revolution „ein Geschäft“ mach-  
ten, eine raffinierte gegenrevolutionäre Propaganda be-  
trieben. Den Juden schlägt man und die Revo-  
lution meint man. Zudem alle Führer der sozialisti-  
schen Parteien als „jüdische Streber“ bezeichnet werden, die  
das arbeitende Volk nur als Konsumgüter für ihre  
greiflichen Pläne mißbrauchen, wird in die unangenehmsten  
Schichten des Volkes das Gift der Verleumdung und nationa-  
listischer Verleumdung hineingetragen, das unter Umständen  
die schlimmsten Verbrechen nach sich ziehen kann, wie  
seinerzeit in Rußland, Polen und Rumänien, wo eine ähn-  
liche konterrevolutionäre Pogromhege systematisch betrieben  
wurde.

Es ist außerordentlich bemerkenswert, daß diese Plan-  
mäßige, großartig angelegte Judenhege, welche sich als Hege  
gegen die Revolution charakterisiert, finanziell stark  
südiert ist. Nur mit gewaltigen Mitteln ist es mög-  
lich, eine derartige Propaganda ins Werk zu setzen und  
zu erhalten. Wie groß diese sein müssen, ergibt sich z. B.  
aus der Tatsache, daß die „Hauptstelle für Aufklärung“,  
Berlin SW., Bernburger Str. 19, vor kurzem eine anti-  
semitische Broschüre „Von der Vergiftung des deutschen  
Volkes“ in einer Auflagehöhe von 200.000 an deutsche  
Lehrer und Geistliche verandt hat. Es ist unklar, zu ver-  
merken, welche Kreise es sein mögen, die dafür die Mittel  
hergeben. Es kann sich nur um solche handeln, die ein  
brennendes Interesse haben, ihre Machtposition im poli-  
tischen und wirtschaftlichen Leben, koste es was es wolle,  
zu erhalten, wenn dabei auch das Volk moralisch zugrunde  
gerichtet und das Gift des wildsten Menschenhasses in die  
Waffen hineingetragen wird.

Es handelt sich bei der neu aufblühenden antisemi-  
tischen Bewegung nicht, wie die „Germania“ glauben zu  
machen sucht, um eine natürliche gesunde Reaktion des  
Volkes gegen revolutionäre Erzeugnisse, es handelt sich hier viel-  
mehr um eine unter Aufwendung großer Geldmittel künst-  
lich anfangende Hege, die auf die nationalpolitische Verwirrung  
der rückständigsten Volksschichten, vielleicht auch auf die  
starke Unterstützung speziell angeworbener lumpenproletari-  
scher Elemente beruht. Es kennzeichnet den moralischen  
Zustand der jetzigen deutschen Politik, daß das Organ  
einer der regierenden Parteien, der Bundesgenossen der  
rechtssozialistischen Partei in der Regierung, die antisemi-  
tische Pogrombewegung, deren Ursprünge auch ihr nicht  
verborgen sein können, als Druck- und Säuremittel gegen  
die revolutionäre Bewegung benutzt. Nicht minder be-  
zeichnend ist es aber auch, daß weder der „Vorwärts“ noch  
das „Berl. Tageblatt“ oder ein anderes bürgerlich-demo-  
kratisches Blatt bisher auch nur ein Wort der Abwehr  
gegen das schmutzige Treiben des Zentralorgans ge-  
sprochen hat.

## Auffizierung des Friedensvertrages Anfang nächster Woche.

Der Reichsminister des Innern, Müller, hat an  
Clemenceau eine Note gerichtet, in der es heißt:

Die Deutsche Regierung nimmt davon Kenntnis, daß die  
alliierten und assoziierten Regierungen bereit sind, sobald sie von  
der ordnungsmäßigen und vollständigen Ratifikation des Fried-  
ensvertrages durch das Deutsche Reich amtlich Kenntnis er-  
halten, die Blockade sofort vor dem Inkrafttreten  
des Friedensvertrages aufzuheben. In dem Wunsch, so schnell  
wie möglich von der für Deutschland so schweren und verhängnis-  
vollen Blockade befreit zu werden, wird die Deutsche Regierung  
alles daran setzen, um die für die Ratifikation erforderlichen  
Maßnahmen zu beschleunigen. Sie hofft, Anfang der  
nächsten Woche in der Lage zu sein, den alliierten und  
assoziierten Regierungen von der erfolgten Beschlußfassung des Fried-  
ensvertrages durch den Reichspräsidenten Mitteilung machen  
zu können.

Die Deutsche Regierung gibt der Erwartung Ausdruck, daß  
die alliierten und assoziierten Regierungen in demselben Geiste,  
der sie zu der Aufhebung der Blockade veranlaßt hat, sich damit einverstanden erklären werden, daß,  
sobald die erwähnte Nachricht vorliegt, auch mit der Heim-  
führung der deutschen Gefangenen aus ihren Län-  
dern begonnen wird.

## Die Besetzung von Hamburg.

Die Bevölkerung ist sich des Ernstes nicht bewußt.

Hamburg, 2. Juli.

Aus dem Hauptquartier Lettow-Vorbeck wird  
mitgeteilt: Der Einmarsch der Reichswehrtruppen ist im all-  
gemeinen ruhig verlaufen. Nur einige bedauerliche Zwischenfälle  
zeigen, daß ein Teil der Bevölkerung den Ernst der ergangenen  
Warnungen nicht überall richtig eingeschätzt  
hat. Beim Einmarsch in Altona wurde auf die 1. Kompanie  
des bayerischen 11. Schützenregiments aus den Fenstern ge-  
schossen. Trotz mehrfacher Zurufe und Aufforderungen, von den  
Fenstern zurückzutreten und die Läden zu schließen, blieben  
einige Fenster offen. Da das Feuer nicht aufhörte, wurden  
auf die offenen Fenster einige Schüsse abgegeben. Hierdurch  
wurde eine Frau durch Rauchschuß und ein Kind durch Schenkel-  
schuß verwundet. Dem Einmarsch des Freikorps Schleswig-  
Holstein widerstand sich bereits am Millerntor eine größere Volks-  
menge. Um sie zu verdrängen, wurde eine Handgranate vor  
die Menge geworfen, die den gewünschten Erfolg hatte, ohne je-  
doch jemand zu verletzen. Am Schulterblatt stellte sich wiederum  
eine größere Menschenmenge entgegen. Der Aufforderung, aus-  
einanderzugehen, wurde nicht nachgegeben. Ein Mann rief  
höhnisch aus: „Ihr schießt ja doch nicht!“ Darauf legte ein  
Soldat auf Befehl auf die Beine des Betroffenen an und gab  
Feuer. Durch diesen Schuß blieb der Mann und noch ein zweiter  
liegen. Die Art der Verletzung ist nicht bekannt, da beide sofort  
nach die Wölger ins Krankenhaus gebracht wurden. Um 5 Uhr  
nachmittags wurde in den Kasernen des Regiments Schelle  
in der Schanzengrabenstraße vom gegenüberliegenden Hause hinein-  
geschossen. Die Straße wurde gegen jeden Verkehr abgesperrt  
und nach Waffen durchsucht. Eine große Menschenmenge sam-  
melte sich an, die der Aufforderung, auseinanderzugehen, nicht  
nachkam. Es wurde von der Waffe Gebrauch gemacht und ein  
Bleistift durch Fleischschuß am Oberschenkel verwundet. In allen  
diesen Fällen trägt die Truppe keine Schuld. Die bedauerlichen  
Vorfälle werden hoffentlich dazu beitragen, daß die Bevölkerung  
die rechtlich ergangene Warnung beachtet und sich ihres  
Ernstes bewußt wird.

Altona, 2. Juli.

R. L. V. teilt mit: Die Reichswehr nahm in der letzten  
Nacht zahlreiche Verhaftungen von Leuten, die sich  
widersehen, oder nach 10 Uhr auf der Straße blieben,  
vor. In der Provinz und Kleinstädten kam es zu Schie-  
ereien, der Tod wurde aber sehr bald auseinandergetrieben.

Den Einmarsch der Regierungstruppen in Hamburg  
begleitete das rechtssozialistische „Hamburger Echo“ mit  
dem Wunsch, daß mit „moralischer Rücksicht auf die Bedürf-  
nisse und Empfindungen der Bevölkerung“ vorgegangen  
würde. Der vorstehende Bericht zeigt deutlich, wie diese  
Rücksichtnahme in Wirklichkeit aussieht.

## General Hoffmann bleibt.

Sie können einander nicht lassen.

Berlin, 2. Juli.

Vom Kriegsministerium wird mitgeteilt: Die dem  
General Hoffmann zugeschriebene Presseoffiziersfunktion  
ist tatsächlich von ihm nicht aufgegeben. General Hoffmann hat  
persönlich, wie viele andere und wie im Innern gewiß alle  
Offiziere gegen die Schmachbedingungen protestiert und hat zum  
Ausdruck gebracht, daß er bei der Auslieferung des Kaisers nicht  
weiterzudenken könne. Nachdem die durch die Annahme des Fried-  
ens geschaffene Lage bei den Truppen bekannt geworden war, hat  
General Hoffmann ausdrücklich gemeldet, daß er den Befehlen  
seiner Vorgesetzten gehorchen werde, nur die Waffe hinzugefügt,  
ihn von seinem Posten zu entbeden, falls sein Grenzabschnitt ge-  
räumt werden müsse.

Den Truppen war vom Oberkommando Süd im Anschluß  
hieran besonders eingeschärft worden, daß sie den Räumungs-  
befehlen der Regierung zu folgen haben werden.

Diese Auffassung entgeht den zahlreichen Presseangriffen  
gegen General Hoffmann den Boden. Die Regierung hat keinen  
Anlaß, einen tatkräftigen und gehorsamen Führer kurz vor dem  
Abschluß der ihm gestellten Aufgaben zu entlassen.

In der augenblicklichen Lage kann niemand unseren Offi-  
zieren den Ausdruck ihres bitteren Schmerzes verargen. Diesen  
Empfindungen trägt auch die Regierung volle Rechnung, solange  
Ordnung und Gehorsam gewahrt bleiben. Das ist tatsächlich  
bis heute ununterbrochen der Fall gewesen und gereicht den Offi-  
zieren und Truppen zum hohen Lobe.

Nach der übereinstimmenden Meldung der „Deutschen  
Tageszeitung“ und „Berliner Neuesten Nachrichten“ hatte  
General Hoffmann sie zu der Mitteilung autorisiert,  
daß er in dem ihm unterstellten Abschnitt auf Befehl  
den Befehl der Regierung keinen Fuß breit deut-  
lichen Vordens preisgeben, sondern die Grenze mit bewaff-  
neter Hand verteidigen werde. Er weigerte sich auch, den  
Friedensvertrag anzuerkennen. Im Anschluß daran er-  
folgte dann durch militärische Autos die Verbringung nach

Flugblättern, in denen General Hoffmann zum Führer der  
kampfbereiten Fronte proklamiert wurde.

Jetzt will General Hoffmann nichts gesagt und nicht  
getan haben, und das Kriegsministerium deckt schonend die  
Sünden des Mannes, gegen den der „Vorwärts“ mit Recht  
den Vorwurf der Mauterei erhob, mit dem Mantel der  
christlichen Liebe zu.

## Internierung Vogels in Holland.

Gana, 2. Juli.

Der Minister des Innern erklärte nach einer Interpellation  
in der Kammer, daß Leutnant Vogel in Holland interniert sei.

Die deutsche Regierung hat bisher nichts darüber ver-  
lauten lassen, ob sie Vogels Auslieferung verlangen werde.  
Man sollte eigentlich meinen, daß sie sich diese gute  
Gelegenheit, die Mittel seiner Flucht zu erfahren, von  
denen die Regierung ja bisher gar nichts weiß, mit Freude  
sichern werde. Aber wer weiß?

## Zum Verkehrsstreik in Berlin.

Im Laufe des gestrigen Tages hat sich die Streiklage  
nur insofern verändert, als sich auch das gesamte tech-  
nische Personal der Omnibusgesellschaften  
dem Streik angeschlossen hat. Allen Anschein nach ist  
mit einer längeren Dauer des Ausstandes zu rechnen. Do-  
für spricht schon der Ausbruch des Direktors Otto gegen-  
über einer Kommission der Streikenden: „Über ein Ende  
mit Schreden, als ein Schreden ohne Ende“. Wie wir er-  
fahren, will sich auch das Ministerium für öffentliche Ar-  
beiten mit der Frage des Verkehrsstreikes beschäftigen.  
Vielleicht wird auch durch Vermittlung des Postzustates  
eine neue Verhandlungsbasis geschaffen.

Eine nähere Antwort des Polizeipräsidenten Ernst,  
der den Streikenden bei der Besetzung der wilden Fuhr-  
werke eine sehr loyale Haltung zugesichert hat, ist bis jetzt  
noch nicht eingetroffen. Sollten bis jetzt irgend-  
welche Nachrichtungen vorgekommen sein, so erklärt die  
Streikleitung, mit solchen Ereignissen nicht das geringste  
zu tun zu haben.

Eine allgemeine Entrüstung erhob sich unter den  
Streikenden, als gestern nachmittags bekannt wurde, daß  
ein Flugblatt der S. B. D. zirkuliere, das auch diesem  
Streik politische Ziele unterstehen will. Die Streikenden  
legen gegen diese unsauberen Machenschaften ganz ent-  
schieden Protest ein.

Ueber den Berliner Verkehrsstreik meldet eine Lokalcorrespon-  
denz: Die Lage im Groß-Berliner Verkehrsstreik hat sich bisher  
nicht geändert und es ist bisher nicht abzusehen, wie lange der  
Streik noch andauern wird. Die Mitteilung, daß Aussicht auf  
eine gütliche Verständigung mit der Direktion der Hoch-  
bahn besteht, bestätigt sich nicht, und es ist auch nicht damit zu  
rechnen, daß Verhandlungen bei diesem Verkehrsunternehmen  
stattfinden. Eine Verhandlung nur zwischen der Hochbahn-  
gesellschaft und etwa ihnen Angestellten ist auch gar nicht möglich,  
da die in Betracht kommenden Verkehrsunternehmen in einem  
Arbeitsverband zusammengeschlossen sind und alle auf die Be-  
endigung des Streiks bezüglichen Verhandlungen nur zwischen  
beiden Verbänden und den in Betracht kommenden Arbeiter-  
organisationen (Transportarbeiter-Verband und Metallarbeiter-  
Verband) gepflogen werden können. Beide Parteien nehmen aber  
noch immer eine völlig abwartende Stellung ein,  
weder die eine Seite noch die andere hat bisher Verhandlungen  
angebahnt.

Die Streikleitung betont nochmals ausdrück-  
lich, daß von irgendwelchen politischen Bewegungen bei dem  
Verkehrsstreik nicht die Rede sein könne, es handele sich um eine  
Bewegung rein wirtschaftlichen Charakters. Wie  
die Streikleitung weiter mitteilt, hat sie zwar es ablehnen müssen,  
die Beförderung von Postpaketen durch die Straßenbahn weiter  
stattdessen zu lassen, hat aber andererseits den in Betracht kom-  
mende Arbeiter den Beschlag gemacht, die Privatfahrzeuge  
die jetzt als wilde Personenbeförderungsmittel tätig sind, sowie  
die Lastautos des Magistrats und auch die Militärlastwagen,  
die dem Personenverkehr dienlich gemacht worden sind, zur  
Beförderung der bisher durch die Straßenbahn beförderten Post-  
pakete heranzuziehen.

Bezüglich der Verhandlungen möchten wir zu dieser Zeit  
doch bemerken, daß die Streikleitung von Anfang an versichert  
habe, jederzeit zu Verhandlungen bereit zu sein. Die Unter-  
nehmer hingegen haben ihr Glatte kein ausgesprochen. An  
ihnen allein liegt es also, wenn es bisher noch nicht zu Verhand-  
lungen gekommen ist.

## Keine Vermittlung des Reichsarbeitsamts.

Amlich wird mitgeteilt:

Das Reichsarbeitsministerium hat es abgelehnt, in den  
Arbeitsstreitigkeiten im Berliner Verkehrsgewerbe vermit-  
teln einzugreifen. Es liegt in dem Streit einen un-  
verantwortlichen Vertragsbruch. Erst unter dem 5. Juni 1919  
ist zwischen dem Arbeitgeberverband der deutschen Straßenbahnen,  
Kleinbahnen und Privatverkehrsbahnen einerseits und dem deutschen  
Transportarbeiterverband und dem Zentralverband der Ge-  
meindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands andererseits  
nach langen und mühseligen Verhandlungen ein Tarifver-  
trag abgeschlossen worden. In diesem Vertrag ist die  
Schlichtung von Streitigkeiten letzten Endes einem Haupt-  
ausschuss übertragen worden, der aus je drei Vertretern der  
Arbeitgeber und der Arbeitnehmer und einem unparteiischen  
Obmann besteht. Nach § 21 Biffer 3 des Tarifvertrages ist das  
Urteil des Hauptausschusses für beide Parteien endgültig  
und bindend. Am 21. Juni hat nun der Hauptausschuss  
seinen Spruch gefällt und einstimmig dahin entschieden,  
daß die verlangte einmalige Wirtschaftsoberfläche  
von 700 Mann im gegenwärtigen Augenblick nicht bewilligt  
werden kann, daß es aber angeht, die Frage in etwa  
6 Wochen erneut zu prüfen, wenn sich die Wirkung des Friedens-  
schlusses auf dem Lebens- und Bedarfsmittelmarkt übersehen lasse.  
Neben die Angelegenheit der tariflichen Verein-  
barungen, nach denen der Spruch für beide Teile endgültig und  
bindend ist, und trotz der Tatsache, daß der Spruch einstimmig ge-  
fällt worden ist, gleichwohl in den Umständen streiten sind, so  
drängen sie da mit ihre fernerhin übernahmene  
Vertragspflicht. Lange Jahre haben die Angestellten  
um Tarifverträge gekämpft; nachdem sie endlich ihr Ziel er-  
reicht haben, entwerfen sie das Ergebnis ihrer Bemühungen selbst  
durch Nichtachtung des Reichsart.

Wie richtig der Schiedspruch die Sachlage abrigend beurteilt ist, zeigt die von der Regierung neuerlich angelegte Senkung der Lebensmittelpreise. Auch dies Zugeständnis nötigt, zunächst einige Zeit abzuwarten, ehe über eine Fortdauer entscheiden werden kann, die die Unternehmen wirtschaftlich zu tragen nicht in der Lage sind.

Bei dieser Sachlage sieht sich das Reichsarbeitsministerium außerstande, zugunsten der Angehörigen einzugreifen, kann ihnen vielmehr nur warnend Herz legen, von einem Beginn abzulassen, das nicht nur ihren Arbeitskollegen und der Allgemeinheit, sondern letzten Endes auch ihnen selbst zum Nachteil gereichen kann.

Anstatt von oben herab auf die Angehörigen die volle Schale regierungsmeisterlichen Jorns auszusüßten, sollte das Reichsarbeitsministerium durch Verhandlungen zur Beilegung des Verkehrsstreikes beitragen. Aber für eine solche Haltung scheint jedes Verständnis zu fehlen, da man anscheinend hofft, auch ohne Verhandlungen zum Ende des Streiks kommen zu können.

### Der Vollzugsrat und der Verkehrsstreik.

Der Vollzugsrat hielt am 2. Juli eine Sitzung ab, in der vom Vorsitzenden einleitend darauf hingewiesen wurde, daß der Reichswehrminister Roske es bis jetzt abgesehen hat, die Kommissar des Vollzugsrates, die mit ihm wegen der Befreiung von Arbeiterräten und Funktionären sowie wegen der Befreiung von Arbeiterräten usw. verhandeln soll, zu empfangen.

Der Vollzugsrat beschloß sich der Vollzugsrat mit dem gegenwärtigen Stand des Verkehrsstreiks. Der Vollzugsrat ist der einstimmigen Ansicht, daß er zur Beilegung der Differenzen vermittelnd einzugreifen hat, um Verhandlungen zustande zu bringen.

Bezüglich des Eisenbahnerstreiks sind bereits Schritte beim Reichsarbeitsrat eingeleitet worden. Soweit die Eisenbahner in Frage kommen, wird der Vollzugsrat die Stellungnahme der Eisenbahner zu der ablehnenden Haltung des Eisenbahnministers Roske abwarten, um auch hier vermittelnd einzugreifen.

### Zur Verfassung Emonts.

Emonts die Teilnahme an den Tarifverhandlungen gestattet.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten sendet uns folgende Erklärung:

Von dem Verteidiger Herrn Dr. Halpert erfahren wir, daß Emonts selber seine Kollegen bittet, von jedem Protest freilich abzugehen und sich lediglich auf die Wahrnehmung ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen zu beschränken, weil die vorliegende Angelegenheit in keiner Verbindung mit der Organisation steht.

Was die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft I anbelangt, die sie auf einen von Emonts kommenden Brief stützen will, nach welchem er für die Ausbreitung des Bolschewismus und für die Einführung der Diktatur des Proletariats propagandistisch tätig gewesen wäre, so bleibt demgegenüber mit aller Energie zu betonen, daß diese Übergabe des Briefes ungenau, weil unvollständig, ist. Insbesondere ist zu betonen, daß Emonts in diesem Briefe auf seine Propagandätätigkeit unter den feindlichen Truppen im besetzten Gebiet durch Verbreitung von Flugblättern, die in deren eigenen Sprache abgefaßt waren, hinweist. So hatte auch Emonts schon vorher (unmittelbar nach Ausbruch der Revolution) durch Funkprüche die ausländischen Truppen aufgefordert, die Waffen niederzuliegen, um die deutsche Revolution im Interesse der fremdländischen Kapitalisten nicht zu erlöchen.

Auf Antrag der Verteidiger Dr. Halpert und Rechtsanwalt Liebkecht hat Emonts die Genehmigung erhalten an den heute beginnenden Schiedsgerichtsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium als Zeuge teilzunehmen.

Ueber den Antrag auf Haftentlassung wird heute vor-mittag die Entscheidung fallen.

### Sprengung einer Gewerkschaftsversammlung.

Roske gegen seine Verbandskollegen.

Gestern abend sollte im Sophienparkgymnasium in der Weimarerstraße eine Versammlung der im Holzarbeiterverbande organisierten Arbeiter abgehalten werden. Während der Verhandlungen über das Kollektivabkommen erschien unversehens ein Offizier mit 10 Mann und erklärte die Versammlung im Auftrag des Polizeipräsidenten für aufgelöst, da sie nicht angemeldet worden sei. (1) Auf die Aufforderung des Brandschutzkomitees, daß geschlossene Gewerkschaftsversammlungen nicht der polizeilichen Anmeldung bedürfen, wußte der Offizier nur zu erwidern, daß er das nicht wisse! Trotzdem bestand er darauf, daß die Versammlung nicht stattfinden.

Als die Versammlungsteilnehmer das Lokal verlassen, wurden sie auf der Straße von drei Autos mit Soldaten, die Revolver auf die Versammelten richteten, empfangen. Die Arbeiter ließen sich nicht provozieren. Dem ihrer Disziplin wurden Zwischenfälle vermieden. Auch das Verhalten der Passanten auf der Straße rechtfertigte das militärische Vorgehen nicht. Es herrschte vollkommene Ruhe, trotz aller Provokationen. Die Selbstherrlichkeit des Publikums war geradezu bewundernswürdig.

Die Holzarbeiter werden über diese neueste Leistung der Soldaten ihres Verbandskollegen gerade nicht erheitert sein.

So werden also entgegen den erlassenen Bestimmungen sogar geschlossene gewerkschaftliche Versammlungen auseinandergerissen. Das ist nicht einmal unter dem Kriegszustand der wilhelminischen Regierung.

### Der Fall Agelrod.

Wien, 2. Juli.

In der Reichskonferenz der Arbeiterräte erklärte Staatssekretär Bauer: Die Auslieferung Agelrods an die bayerischen Behörden sei durch geschwändriges Vorgehen der Tiroler Behörden erfolgt. Er habe sofort Auftrag gegeben, ihn nicht auszuliefern, sondern nach Wien zu schaffen. Agelrod sei aber vor Eintreffen des Telegramms bereits ausgeliefert gewesen. Er habe auch der bayerischen Regierung von dem Sachverhalt Mitteilung gemacht.

Das hindert aber die bayerische Regierung nicht, diesem unter Bruch der Staatsverträge ausgelieferten Agelrod den Prozeß zu machen, obwohl festgestellt, daß dadurch schwere Schädigungen auch der Interessen deutscher Staatsangehöriger eintreten können.

## Deutsche Nationalversammlung.

44. Sitzung, Mittwoch, den 2. Juli 1919, nachmittags 2 Uhr.

Das Haus tritt in die zweite Beratung des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reiches ein.

Präsident Freytag teilt mit, daß der Ausschuss für die Beratung vorschlägt, den Bericht erstatten 15 Minuten und den Beratern 15 Minuten Redezeit zu gewähren.

Herr Dr. Cohn (U. Soz.) begründet den Antrag der Unabhängigen in der Ueberschrift die Worte „Verfassung des Deutschen Reiches“ zu ersetzen durch

„Verfassung der Deutschen Republik“.

Die freigebliebenen Veränderungen, die sich im Leben des deutschen Volkes vollzogen haben, mühen auch schon in der Ueberschrift zum Ausdruck kommen. Der neue Staat darf mit dem deutschen Reich von früher nichts zu tun haben. (Lebh. Widerspruch rechts.) Der Redner tritt lebhaft für den Vorschlag ein und fordert, daß er mit allen Mitteln durchgesetzt wird.

Reichskommissar Dr. Pruss: Der Gedanke, daß das Deutsche Reich eine Republik ist, kommt in der Verfassung durchweg zum Ausdruck. Ob darüber vom „Republik“ modus seinen großen Unterschied. Will Herr Cohn aber den Namen Reich in der ganzen Verfassung beibehalten, so würde ich entschieden dagegen widersprechen. Der republikanische Charakter des Reiches ist deutlich genug in der Verfassung ausgedrückt.

Herr Dr. Ullrich (Dem.): Es wäre völlig verfehlt, die Bezeichnung „Deutsches Reich“ deshalb beibehalten zu wollen, weil es nach der Auffassung des Herrn Dr. Cohn ein deutsches Reich nicht mehr geben soll. Das Deutsche Reich besteht, es ist im Innern eine Veränderung unserer herbeigeführt worden, als das Deutsche Reich kein Kaiserreich mehr ist, sondern eine Republik, aber daß der Bestand und das Gefüge des Deutschen Reiches nach innen umgestaltet worden sei, das kann ich nicht zugeben.

Herr Dr. Cohn (U. Soz.): Lieber die Frage, ob es in der Ueberschrift „Deutsches Reich“ oder „Deutsche Republik“ heißen soll, lasse ich freistehen. Wir müssen hier aber keine große Bedeutung bei, da in der Verfassung selbst von der deutschen Republik die Rede ist. Um aber agitatorischen Mißdeutungen und Mißverständnissen vorzubeugen, sind wir geneigt, für den Antrag Cohn zu stimmen.

Der Antrag Agnes als Ueberschrift: Verfassung der Deutschen Republik zu setzen, wird abgelehnt, die Ueberschrift: Verfassung des Deutschen Reiches“ angenommen.

Ohne Aussprache wird auch die Einleitung angenommen. Es folgt die Beratung über Artikel 1, in dem bestimmt wird: Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Herr Dr. von Delbrück (Nat. Vp.): Wir können an diesem Artikel nicht stumm vorübergehen; dazu ist seine Bedeutung zu groß. Für uns bedeutet dieser Artikel den Abschied von einer großen Vergangenheit, von der Verfassung und dem alten Deutschen Reich. Für uns entsteht daraus die Frage, ob wir unser Siegel unter diese Tatsache drücken sollen. Wir vornehmen sie, weil wir noch heute

grundsätzlich Anhänger der Monarchie sind.

Herr Dr. Cohn (U. Soz.): Die demokratische Monarchie, so wie sie sich vor der Revolution anzubahnen begann, hatten wir für eine für Deutschland angemessene Staatsform, als die bestmögliche rationale Republik.

Von den Abg. Frau Agnes und Gen. (U. Soz.) ist hypokochen der Antrag eingegangen, den Satz 1 in Artikel 1 wie folgt zu fassen: „Die deutsche Republik ist ein Einheitsstaat.“

Reichsminister Dr. David: Der Herr Redner hat gefragt, ob auch für seine Partei die Freiheit gelten solle, von der in der Verfassung die Rede ist. Ganz gewiß. Die neue Verfassung eröffnet die freie Bahn für jeden geistigen Kampf, das ist die große Erbschaft der neuen Verfassung im Gegensatz zum alten System. Die deutsche Republik wird das deutsche Volk wieder emporkühren aus dem tiefen Sturz, in den es durch das alte System gebracht worden ist und dabei soll die neue Verfassung gute Dienste leisten.

Herr Dr. Cohn (U. Soz.):

Der Reichsminister hat gesagt, freie Meinungsäußerung solle nicht unterdrückt werden. Dennoch ist jetzt die „Kote Fahne“ und nach ihr sind noch andere Zeitungen verboten worden. Der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ ist sogar das Unerhörte passiert, daß sie ihren Lesern das Besondere nicht mitteilen durfte. Wie kann man da sagen, daß die Presseverhältnisse gesichert sind? Im Oktober 1917, als wir außerhalb des gemeinen Rechts gestellt worden sollten, haben sich, wie ich anerkennen muß, auch bürgerliche Parteien gegen die Mißregel erhoben. Heute sind die Kommunisten geradezu für vogelfrei erklärt worden. (Sehr richtig! 6. d. U. Soz.) Solche Zustände haben wir nicht einmal beim Sozialistengesetz erlebt. (Zurufe 6. d. U. Soz.) Die „Deutsche Zeitung“ durfte am Tage nach ihrem Verbot wieder erscheinen, die „Kote Fahne“ dagegen monatelang nicht. In den Massen lebt der Drang nach positiver Rechtfertigung. (Lebh. Widerspruch.) Herr v. Delbrück will in Wahrheit unter Täufling der Regierung wieder kriegerische Aktionen gegen die Polen beginnen. Daß das Volk diesen Bestrebungen entgegentritt, erklärt sich nicht aus einem Gefühl der Mäßigkeit, sondern der Ernüchterung und Selbstbestimmung und aus der wahren Tapferkeit in den Arbeitern gegenüber diesen verbrecherischen Vorgehen. (Auf: Zur Sache.) Wir wollen die Anwendung der Gewalt, die Verherrlichung des Krieges über Hebung und Annäherung beistimmen, die Jugend soll sich im freien Geiste des Menschentums und der Brüderlichkeit. (Weiß! 6. d. U. Soz.)

Reichsminister Dr. David: Den Vorwurf des Redners muß ich zurückweisen. Soweit sich der Kampf im Rahmen des geistigen Kampfes hält, wird er von der Regierung niemals eingeschränkt werden. (Widerspruch bei den U. Soz.) Aber wenn angefordert wird, Gewalt anzuwenden mit Sondergrenzen (Zürich: Die Sache ist falsch!) dann ist es Pflicht der Regierung, die Demokratie vor der harten Bedrohung zu schützen. (Herr Dr. Cohn: Die alte Methode der Monarchisten, Lebh. Zwischenrufe, zwischen den beiden sozialistischen Parteien, Andauern der Rede.)

Herr Dr. Cohn (U. Soz.): Wenn Freund Cohn hat dargelegt, daß der Kampf nicht mit geistigen Waffen, sondern mit der Gewalt und der

Sandhaltung des Befragungszustandes

geführt wird. Nun kommt der Minister Dr. von David. (Stimmliche Heiterkeit.) Minister David: Der Adel ist abgelehnt! Der Adel wird erst an einem der nächsten Tage abgelehnt werden. Nun kommt der Minister David und sagt, wenn die geistigen Waffen mißbraucht werden, um zur Gewalt aufzurufen. (Lebh. Zurufe 6. d. U. Soz.: Nein! Nein!) Das hat David gesagt. (Lebh. Zurufe 6. d. U. Soz.: Nein! Nein!) Er hat erst gesagt, der Gebrauch der geistigen Waffen sei im neuen Reich zugelassen, das aber nachher eingeschränkt, indem er sagte, es komme darauf an, die geistigen Waffen richtig zu gebrauchen. Herr Minister, das ist ein Taktenspielerstück, nichts weiter. (Präsident: Redner weiß diese Neuerung als ordnungsgemäß zurück.) Dann sagt ich, Dr. David verachtet mit großer Geschicklichkeit das Kampffeld. Minister David hat mit großer Geschicklichkeit, aber gegen die Wahrheit gesagt, die Zeitungen seien verboten worden, weil sie zur Gewalt aufgerufen haben. Das ist unmoöglich. Die „Freie Welt“ zu verboten, weil sie, wie die Befragung

sagt, gegen die freiwilligen Truppen aufstehe. Wegen des aufreizenden Inhalts, aber nicht „zur Gewalt aufreizenden Inhalts“. (Stimmliche Heiterkeit.) Das gilt auch von anderen Zeitungsverböten und den Streikverböten. (Auf: Verfassung! Präsident Freytag erklärt, daß diese Ausführungen allerdings nur in losem Zusammenhang mit der Verfassung stehen, aber die Erwiderungen länger einzulassen seien.) Minister David hat ebenfalls die nötige Kontinuität mit dem alten System wieder hergestellt. Wir bewahren uns dagegen, daß man die neue Verfassung mit diesem Geiste erfüllt. (Weiß! 6. d. U. Soz.)

Der Antrag der Unabhängigen zu dem ersten Satz des ersten Artikels wird gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien angenommen.

Artikel 2, der das Reichsgebiet behandelt, wird ohne Aussprache angenommen.

Es folgt die Beratung über Artikel 3, der bestimmt: Die Reichsflagge ist Schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge wird durch Reichsflagge bestimmt.

Reichsminister Dr. David: Ein unabhängiger Antrag verlangt die Farbe rot als Reichsflagge. Die rote Fahne ist das Symbol der sozialistischen Internationalen. Internationale Farben dürfen aber mit nationalen Farben nicht zusammenfallen. Auch innerhalb der Sozialdemokratie haben die nationalen Gruppen ihre nationalen Farben, die rote Fahne ist deshalb abzulehnen, denn sie würde eine Parteifarbe sein.

Herr Dr. Cohn (U. Soz.): Die Beibehaltung von Schwarz-rot-gold ist eine schwere Provokation gegen die überwiegende Mehrheit des Volkes. Ich bitte, unseren Antrag anzunehmen. (Weiß! bei den Unabhängigen.)

Damit schließt die Besprechung des Artikels 3. Die beantragten namentlichen Abstimmungen sollen im Laufe der nächsten Sitzung vorgenommen werden.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. Weiterberatung. Schluß nach 8 Uhr.

## Groß-Berlin.

Keine Gemeindevertreterkonferenz.

Infolge der Verkehrsbehinderungen muß die zu heute Donnerstag nach dem Rathaus einberufene Gemeindevertreterkonferenz verschoben werden.

Sturz der Lebensmittelpreise.

Die Unterzeichnung des Friedens hat bereits jetzt schon, noch ehe die Blockade aufgehoben ist, eine bedeutende Senkung der bis dahin horrenden Preise der Lebensmittel im Schicksalslande bewirkt. In Berlin beginnen die Preise für Kolonialwaren, amerikanische Waren, wie Schmalz, Stiefel usw. zu sinken. Auch für andere Waren zeigte sich größeres Angebot. Butter und Margarine wurden gänzlich zu haben, zu 20—24 Mark. Kaffee wurde mit 28 Mark und Kakao mit 24 Mark in kleineren Mengen gehandelt. Größere Mengen waren entsprechend billiger. Bei dem Kaffee handelte es sich um rohen Santos-Kaffee. Gebrannter Guatemalastoff war mit 20 Mark zu haben. Auch Tee, Zucker und Textilwaren sinken im Preise. Schokolade ist bis auf 10 Mark das Pfund im Preise gefallen.

Hier macht sich schon jetzt die zu erwartende Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande bedeutend bemerkbar. Ein weiterer gewaltiger Preissturz wird eintreten, wenn die Aufhebung der Blockade tatsächlich erfolgt ist. Damit wird auch die unfaulere Zukunft der Schicksalsländer beschleunigt. Sie hätten den Frieden gern noch länger hinausgeschoben. Und unsere Regierung hat ihnen einen großen Gefallen getan, daß sie durch ihre unerschöpfliche Politik die sofortige Aufhebung der Blockade verhindert hat. Denn wäre durch eine offene Politik die Blockade sofort gefallen, dann hätten wir einen noch viel gewaltigeren Preissturz erlebt. Und die Schicksalsländer und Lebensmittelwucherer hätten diese Verluste erlitten. Die Politik der Regierung hat sie davor bewahrt.

Kohlenmangel und Broterzeugung.

Die Wägenwagenschleppung hat dem Magistrat Mühsal gemacht, daß bei den Wägen infolge der Verkehrsbehinderungen zu Zeit ein erheblicher Kohlenmangel herrscht, daß die Broterzeugung ernstlich gefährdet ist. Der Magistrat, Abteilung für Broterzeugung, hat deshalb an die zuständigen Stellen das Ersuchen gerichtet, mit allen Mitteln auf die Beschaffung der erforderlichen Kohlenmenge hinzuwirken.

Lebensmittellieferer.

Berlin. Von Donnerstag bis Montag bei den Postämtern Ausgabe von Preisbescheidungen. Eintragungen in die Preisbescheidungen vom Dienstag bis Sonntag. — Preisbescheidungen in den Bezirken der 106., 180. und 210. Bezirksteile und bis Sonntag in den Bezirken der 85., 90., 98., 99., 102., 104., 175. und 250. Bezirksteile. Ausgabe des halben Pfundes ausländischen Weizenmehls erst nach Beantragung in der Zeit vom 2. bis 6. Juli etwa von Mitte kommender Woche ab. In Stelle des Weizenmehls kann auch das billigere inländische Weizenmehl bezogen werden.

Schöneberg. Für Kinder bis zum 6. Lebensjahre Bezugsstellen für Schokolade. Schokolade der Beirathenämtern am Freitag und Sonnabend unter Vorlage der Beirathenämtern.

Preis. Auf die Abkürzung P 3 und V 7 der Einfuhr-Zustehoren werden ab heute den 1. Juli in der Gemeinde-Verkaufsstelle Sonnenmännchen je 1/2 Pfund zusammen 1 Pfund Wehl je Person vorabgegeben. Die Montag- und Dienstagnummern dieser Woche werden, um Antrags zu vermeiden, nächste Woche am 7. bzw. 8. Juli mit Wehl beliefert.

Reichsminister. Auf Abschnitt 41 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte entfallen 200 Gramm Heferollen zum Preise von 45 Pf. Die betreffenden Wägen sind bis Donnerstag, 10. Juli, abends, bei den Händlern und in den Verkaufsstellen abzugeben, die sie in Wägen Weise am 11. Juli bis 10 Uhr vormittags im Zimmer 30 des Endungsmehls abzurufen haben. Die Ausgabe der Heferollen erfolgt am 12. Juli von 8 bis 3 Uhr im Depot, Rosenbagger Straße. Kaufanmeldungen werden nicht entgegengenommen.

Witten. Auf Abschnitt 10 der Lebensmittelkarte werden zwei Pfund Heferollen zum Preise von 75 Pf. pro Pfund vorabgegeben. Auf den Käsemarktbescheid 2 der Lebensmittelkarte wird 1/2 Pf. Heferollen zum Preise von 1,25 Mark pro Pfund in den Bezirken 1 und 11 des Konsumvereins vorabgegeben. Die Ausgabe der Zuckerwaren erfolgt am Freitag, den 4. d. M., in abgabefähiger Reihenfolge bis einschließlich K. Am Sonnabend, den 5. d. M., für die Bezirke von 1. bis 2.

Stettin. Ausgabe Reichsflagge und Zuckerwaren am Freitag.

Aus den Organisationen.

Berlin. Am 12. Juli, Donnerstag, abends 6 1/2 Uhr, in der Aula der 12. Kreisgruppe, Riquier Str. 8, wichtige Angelegenheiten.

Oberhavel. Donnerstag, abends 8 Uhr, im Lokal von Otto Baum, Wilmersdorferstraße 42, Pannitzschensdorf. Vortrag des Genossen Alfred Jahn.

Jugend-Beirathenämtern in den Bezirken und Schillerkreise der 100. und 101. Bezirksteile. Am Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, Beirathenämtern. — Beirathenämtern. — Beirathenämtern.



# Die Hege gegen die Eisenbahner.

Von Genossen Paul Hoffmann wird uns geschrieben: Der „Vorwärts“ bringt in Nummer 331 eine Notiz mit der Überschrift „Paul Hoffmann und die Eisenbahner“, in der hervorgehoben wird, ich hätte in der Versammlung in Zürich Besuch einer wässrigen Schlangengasse gehalten. Ueber diese Behauptung freute ich mich mit dem „Vorwärts“ nicht, denn der Bericht des „Vorwärts“ und der rechtssozialistischen Parteiführer Brandmark und ihnen die Maske herunterreiht, wird von ihm als Hege und Trottel bezeichnet. Doch ein Wort zu dieser Versammlung. Nachdem zwei Redner vom Bund gesprochen und der rechtssozialistische Herr Neumann zum Worte kam, wurde demselben vom Vorstandsbüro ein Zettel (den ich in meinem Besitz habe) heruntergereicht mit dem Inhalt: „Sie sind der letzte Redner, dehnen Sie Ihre Rede etwas aus!“

Als dann Herr Neumann geendet hatte, erklärte der Vorsitzende die Versammlung für geschlossen. Die ganze Versammlung mit Ausnahme einiger Hunderte, fand die Sanktion für eine Heberempörung. Sie erhob Protest und blieb im Saal. Ich gab nun den Versammelten ein Bild, in welcher Weise die Vertreter der bürgerlichen Parteien einschließlich der Rechtssozialisten die Interessen der Eisenbahner verraten haben.

Wie der „Vorwärts“, so verdeckt auch der amtliche Bericht vom 20. Juni die Tatsachen, um gegen die Unabhängigen zu behaupten. In diesem Bericht heißt es, der unabhängige Paul Hoffmann trat auf und sprach sich für Fortsetzung des Streiks aus.

Diese amtliche Behauptung ist eine glatte Lüge. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Streik Sache der Eisenbahner selbst ist, denn sie wissen selbst am besten, ob die Lohnverhältnisse ihnen ein menschenwürdiges Leben gestatten und in welcher Weise sie ihr Mitbestimmungsrecht zu erkämpfen haben. Nun behauptet der „Vorwärts“ weiter, ich hätte im Anschluß und bei den weiteren Verhandlungen geschwiegen, während die Herren Neumann und Schuberl die Interessen der Eisenbahner wahrzunehmen hätten. Wie sieht nun die Sachansicht der Interessen der Eisenbahner in diesen Ausschüssen und Verhandlungen von Seiten der bürgerlichen Parteien, einschließlich der Rechtssozialisten aus? Von Vertretern der bürgerlichen Parteien wurde Minister Oeser aufgefordert, eine Erklärung abzugeben, wie er sich zu den Forderungen der Eisenbahner stelle, denn das müßten sie erst wissen, ehe sie zu den Verhandlungen gingen, denn sonst wären sie die Blamierten. Ich habe sofort darauf hingewiesen, daß das ein ganz eigenartiges Verfahren sei. Der Minister Oeser sowohl wie Herr Siedelmann hatten jedoch schon vorher erklärt, daß die Forderungen nicht zu erfüllen seien. Im Anschluß habe ich mich sachlich zum Wort gemeldet, und wenn ich nicht rechtzeitig vor den Verhandlungen mit den Eisenbahnern zum Wort kam, so lag das nicht an meiner Person.

Wie verlief nun die Verhandlung im Eisenbahnministerium? Nach kurzer Verhandlung erfolgte die Mitteilung, daß ein Teil der leitenden Eisenbahner verhaftet sei. Der Kriegsminister teilte darauf mit, daß der Befehl von Roske gegeben sei, ihn sei mitgeführt worden, daß in den Räumen am Engelufer staatsgefährliche Flugblätter lagerten, die Beschlagnahme und Verhaftung wäre daher erforderlich gewesen. Das war für die Herrschaften natürlich ein gefundenes Fressen, die Regie war gut, auch auf Verhütung konnte es nicht besser klappen.

Der Herr Minister Heine hielt darauf eine wütende Philippika gegen den Umsturz, für ihn war der Beweis erbracht, daß der Eisenbahnerstreik von Spartakisten gemacht sei, um die Regierung zu stürzen. Er erzählte mit Schauern, daß er in Hamburg war, wo (natürlich von Spartakisten) Menschen ermordet worden seien. Ich kam zum Wort und wies darauf hin, daß das eine Stimmungsmache sei und frag Heine, ob seine Behauptung auf denselben Füßen stehe wie die Anschuldigung, die er gegen den Genossen Ledebour im Parlament erhoben hatte. Bei diesen Ausführungen trat ich auch für die Forderungen der Eisenbahner ein.

Diese Verhandlungen waren den Herren Ministern sichtlich nicht genehm, sie forderten die Einsetzung einer engeren Kommission. Auch hier hatte ich mich zum Wort gemeldet, kam aber nicht dazu, die Forderungen der Eisenbahner zu vertreten, da mir trotz mehrer aliger Weidung das Wort nicht erteilt wurde.

Es sei hier noch folgendes bemerkt: Minister Heine erklärte noch am selben Verhandlungstage, es habe gar keinen Zweck, weiter zu verhandeln, bevor nicht die Eisenbahner die Arbeit wieder aufnehmen hätten. Man verlangte also von den Eisenbahnern, keinen Druck auf die Regierung auszuüben. Diese Forderung an die Eisenbahner hinderte jedoch die Minister nicht, durch den Roskeler Streikerlag in brutaler Weise auf die Arbeiter einen Druck auszuüben.

Am anderen Morgen trat dann die engere Kommission unter dem Vorsitz des Ministers Oeser zusammen und es wurde eröffnet, daß der Eisenbahner Führer, der bisher an den Verhandlungen teilgenommen hatte, in Potsdam zum Streik aufgefordert hätte. Da dieses Verhalten den Forderungen der Regierung widerspreche, müsse sich das Staatsministerium weitere Entschlüsse vorbehalten.

Ich (sowohl als auch der Vorsitzende des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Brunner), meldeten uns sofort zum Wort. Jedoch der demokratische Eisenbahnminister Oeser erklärte gegen unseren Protest die Sitzung für geschlossen. Ich kam also wieder gegen meinen Willen nicht zum Wort.

Am Nachmittag wurden wir wiederum zusammengerufen und die Regierung erklärte, sie könne nicht früher weiter verhandeln, bevor nicht die Vertreter der Eisenbahner eine Erklärung abgegeben hätten, in der sie den sogenannten „wilden“ Streik verurteilen und weiter erklärten, daß sie sich nicht zu politischen Forderungen mißbrauchen ließen. Eine in diesem Sinne gefasste Erklärung kam dann auch zustande, eine Erklärung, an der Minister Oeser und Dr. Siedelmann herumgewerkelt hatten.

Nun war endlich die Sache frei, es konnte verhandelt werden. Wie sah aber die Verhandlung aus? Der „Vorwärts“ schreibt, alle hätten sich Mühe gegeben, für die Eisenbahner einzustehen, nur Paul Hoffmann nicht; er habe geschwiegen und es vorgezogen, in die Versammlung zu gehen und zu gehen. Die Mitglieder des Hausparlamentarismus, bei dem ich gelagert, wurden aus den gemeinsamen Verhandlungen von Minister weggerufen, um eine gesonderte Beratung, die ungefähr eine halbe Stunde währte, vorzunehmen. Ein Minister erklärte dabei, vom Hause sei der Vorschlag gemacht worden, eine kleine einmalige Entschädigung zu zahlen. Es war eine geringfügige, für den einzelnen nichttragende Summe,

wenn ich nicht irre, etwa 150 bis 200 Mark. Auch diese geringfügige Summe zu geben, fand bei den Vertretern der bürgerlichen Parteien keine Gegenliebe. Über volles Verständnis hatten sie dafür, als der Minister Siedelmann erklärte, wenn die Beamten nicht zur Arbeit zurückkehren, so sind sie entlassen, und es gehen ihnen auf Grund des Gesetzes von 1861 alle Ansprüche verloren. Diese Erklärung löste bei den Konservativen, beim Zentrum und bei dem „Arbeiterführer“ Ernst eine besondere Freude aus. Siedelmann war also der Mann, der ihr Herz erleichtert hatte.

Nun noch ein Wort zu den Rechtssozialisten. Der „Vorwärts“ schreibt, im Gegensatz zu Hoffmann hätten die Vertreter Neumann und Schuberl mit gebotener Schärfe die Interessen der Eisenbahner vertreten und ihnen Zugeständnisse gesichert. Wie sieht es aber mit dieser „gebotenen Schärfe“ aus? Von diesen sei nur ein Fall herausgegriffen: Herr Schuberl erklärte, der Eisenbahnerstreik sei ein Verbrechen, der Roskeler Streikerlag sei gut. Wenn ich mich bei diesen Behauptungen, wo die Einigkeit vom Konservativen bis zum Rechtssozialisten hergestellt war, nicht mehr zum Wort meldete, so nur deshalb, weil mich ein solches Gebot anwiderte. Ich habe das später auch im Plenum gesagt, wo ich erklärte, die Verhandlungen trugen den Stempel der Unehrlichkeit und dafür einen Ordnungsschritt erhielt.

Wer von den Eisenbahnern den Verhandlungen gefolgt ist, wird urteilen können, ob ich den Ordnungsschritt verdient habe. Sie werden weiter urteilen können, ob ihre Interessen wirklich von den Rechtssozialisten vertreten worden sind, die den Streikerlag Roskes hinter verschlossenen Türen billigten und verteidigten und somit die Eisenbahner mehr- und rechtslos gemacht haben.

Paul Hoffmann,  
Mitglied der Preussischen Landesversammlung.

# Deutscher Gewerkschaftskongress.

8. Verhandlungstag.

Zum Beginn der heutigen Sitzung wurden die Abstimmungen über die Anträge zum Rechenschaftsbericht der General-Kommission vorgenommen. — Dismann-Frankfurt (Main) beantragt namentliche Abstimmung über das Vertrauensvotum sowie über die Anträge zum Eisenbahnerstreik usw. Er ersucht Paplow um eine Erklärung, wie der Sach seiner Entscheidung zu verfahren sei: „Die Gewerkschaften müssen zum Brennpunkt der Klassenkämpfe des Proletariats werden.“ — Janssen (General-Kommission) erklärt, daß damit zum Ausdruck gebracht werden solle, daß, wenn die bisherigen Beziehungen zur sozialdemokratischen Partei gelöst werden müßten, es deshalb gefahrlos sei, weil mehrere sozialdemokratische Parteien entständen seien und die Parteirechtigkeiten von den Gewerkschaften ferngehalten werden müßten. An der grundsätzlichen Stellung zum Sozialismus und den Klassenkampf soll nichts geändert werden. Wer bekennen und zum Klassenkampf und wollen nicht zu Trade Unions werden. — An der

## namentlichen Abstimmung über die Vertrauensresolution

für die General-Kommission beteiligen sich 624 Delegierte, von denen 445 mit „Ja“, 170 mit „Nein“ stimmen. Da aber nach der Geschäftsordnung die Stimmzahl, welche die einzelnen Delegierten vertreten, den Ausschlag gibt, ist dieses Resultat noch nicht das endgültige. Es kann erst später bekannt gegeben werden. Innerhalb kann schon jetzt gesagt werden, daß das Vertrauensvotum mit übergroßer Mehrheit angenommen worden ist. (Stimmlicher Weisfall.) Vom Metallarbeiter-Verband haben 53 Delegierte für, 64 gegen sie gestimmt, vom Eisenbahnerverband 15 für und 12 gegen. Eine Reihe anderer Verbände, so die Bauarbeiter, Bergarbeiter, Transporth., Holz-, Landarbeiter und Waldarbeiter haben fast geschlossen die Vertrauensresolution angenommen. — Auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses wird der Antrag auf weitere namentliche Abstimmungen zurückgezogen. Zum schon bekannnten Antrag der Gewerkschaftsvorstände-Konferenz gegen die wilden Streiks einerseits, den Roskeler Streikerlag andererseits, wird über die einzelnen Absätze abgestimmt. Die beiden ersten Absätze werden mit großer Mehrheit, die letzten Absätze werden gegen wenige Stimmen angenommen. Ein Antrag Ernst-Pagen, wonach der Kongress gegen die

## Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes

im Industriegebiet protestiert und sofortige Aufhebung verlangt sowie Entlassung der wegen Streikvergehen verurteilten oder in Schutzhaft genommenen Gewerkschaftsmitglieder, erklärt der Vorsitzende Leiper. Wir können wohl aussprechen, daß wir grundsätzlich mit dem Belagerungszustand nicht einverstanden sind und wünschen, daß der Belagerungszustand überall aufgehoben wird, wenn die Voraussetzungen für seine Aufhebung gegeben sind. Aber seine Aufhebung können wir nicht durch Abstimmung fordern. Von einer Abstimmung müssen wir können wir daher absehen. (Zustimmung.) — Ernst widerspricht. — Sachs beantragt, daß in ihm die Ausführung über „Militär-Kamavilla“ und „Gewalttatgegnen“ gestrichen werden. —

Die Versammlung beschließt die Streichung der Ausführung über die Militärkamavilla. Die Streichung Gewalttatgegnen wird abgelehnt. Darauf wird der Antrag gegen wenige Stimmen angenommen.

Es entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Hagemann stellt den Antrag, die Resolution an einer Debatte-Kommission zu verweisen. Der Antrag wird aber abgelehnt und die Resolution in der Gesamtabstimmung gegen wenige Stimmen angenommen. In der Abstimmung über den Antrag Paplow über die Neutralität der Gewerkschaften werden die beiden ersten Absätze einstimmig angenommen. Die beiden letzten gegen wenig Stimmen. In der Gesamtabstimmung wird die Entfaltung gegen drei Stimmen angenommen.

Darauf gibt Brunner-Berlin (Eisenbahnerverband) eine Erklärung für den

## Berliner Eisenbahnerstreik

ab. Nach den Aufzügen der Regierung ist der Vorstand des Eisenbahnerverbandes am Sonntag die Wiedereröffnung der Arbeit empfohlen und auch die anderen Eisenbahnorganisationen haben das gleiche getan. Wenn jetzt in Berlin neue Verhältnisse ausgearbeitet sind, so legen ihnen andere Motive zugrunde. Daß der Streik aus politischen Motiven fortgesetzt wird, geht schon daraus hervor, daß der Abgeordnete Haase am Montag in einer Versammlung erklärt hat, jetzt müsse die Diktatur des Proletariats verwirklicht werden. Die Eisenbahner wurden schon längst bewußt, den unabhängigen Helfersdienste zu leisten. (Dort, hört und Lärm links.) Der Eisenbahnerverband hat mit diesen Wahnvorstellungen nichts zu tun. Dismann-Frankfurt a. M. protestiert dagegen, daß Brunner seine Parteiführer angegriffen und daß sie nicht das Wort erhalten sollten zu einer Erwiderung. — Lange-Berlin stellt darauf den Antrag, daß Dismann das Wort erhalten soll. (Zuruf: Ihr wollt den Kongress sabotieren.) Nachdem Berg-Dannover um Ablehnung des An-

trages Lange ersucht hat, wird dieser mit großer Mehrheit unter Pfui-Rufen der Oppositionen und Tribünen abgelehnt.

Darauf erhält Gertrud Kanna-Berlin das Wort zum Referat über die Organisation der Arbeiterinnen:

Gewisse „Führer“ seien bestrebt, die Frauen aus den Verbänden im allgemeinen zu entfernen. Rednerin warnt vor den Vätern, die besonders in den kaufmännischen Berufen hervortreten, auf Grund der Ungleichheit infolge der vielen Entlassungen, besonders Frauenorganisationen zu gründen. Die gewöhnlichen Organisationen hätten im allgemeinen alles getan, um die Interessen der Frauen wahrzunehmen. Im allgemeinen müßte für die Frauen derselbe Lohn gefordert werden, den bei gleichen Leistungen die Männer erhielten. Rednerin empfiehlt eine die Hauptgedanken ihres Referats wiedergebende Entschiedenheit. Zwei weitere Entschlüsse fordern eine zugehörige Unter den Frauen und von den Gewerkschaftsmitgliedern, daß sie ihre berufstätigen Familienmitglieder zum Eintritt in die Gewerkschaften anhalten. — In der Besprechung richtete Helene Lungwisch-Berlin (Hausangestellte) heftige Angriffe gegen die Kriegspolitik der General-Kommission: Die Führer haben der Frauenfrage zu wenig Interesse angewandt. Die weiblichen Delegierten werden hier noch von Männern beschimpft. Gestern sagte ein Delegierter der Bauarbeiter: „Die alten Schachern jucken lieber zu Hause hinter den Kartoffeln schalen.“ (Wig. Heiterkeit und Lärm, hört!) — Darauf tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittagssitzung wurde die Besprechung fortgesetzt. Frau Gehlberg-Nürnberg tritt für die Anstellung gewerkschaftlich geschullter Sekretarinnen ein.

Schumacher-Berlin fordert Bekämpfung der jetzt gebildeten Betriebsorganisationen der Angestellten, die die Gewerkschaften zerstückeln und deren Drahtzieher die höher besoldeten Angestellten seien. Wenn die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ fortschreite, die Unabhängigen und Spartakisten unaufrichtig zu bekämpfen, dann werden wir uns ein eigenes Organ schaffen.

Guter-München verlangt Verbot der Frauenarbeit an den gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen. — Frau Müller-Berlin verlangt für die Hausangestellten den Achtstundentag. Die gestellten Anträge werden angenommen.

Sodann wird zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergegangen: Richtlinien für die

## künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften

und die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte. — Hierzu hat die Konferenz der Zentralvorstände Richtlinien aufgestellt, die als Grundlage der Besprechung dienen. — Berichtserhalter ist Th. Leiper: Wir müssen alles tun, um den Parteistreit zu beenden, um die Erfolge der Revolution zu sichern. Die Revolution muß fortgeführt werden, aber nicht durch Brutalität und wilde Streiks, aber auch nicht durch das Tempo der Evolution, sondern im revolutionären Tempo. Aufgabe der Gewerkschaften ist die Durchführung der sozialen Revolution. Welt wird das tun, wurden wir vom Kapitalismus auch immer mehr geholt als die politische Partei. Erst im Frühjahr 1918 bequamen sich die Herren zu Verhandlungen, die zur Gründung der Arbeitergemeinschaft führten, nachdem die Unterwerfung folgende Bedingungen angenommen haben: Freizügigkeit der gelben Gewerkschaften, paritätische Arbeitsnachweise und Schlichtungsausschüsse in den Betrieben, kollektive Vereinbarung über den Arbeitsvertrag und sofortige Durchführung des Achtstundentages. Die Forderung der Betriebsräte ist es, daß die Gewerkschaften selbst (Sehr wohl!) auf diesen Gebieten rufen wir den Gewerkschaften dringend, schon jetzt bei Tarifverhandlungen auf die Durchführung der Bestimmungen zu dringen, die die Vorstandskonferenz in den ihnen vorliegenden Resolutions vorbildet. Auch im demokratischen Staat muß Platz sein für Selbstverwaltungsgremien. Wir haben nur die wirtschaftlichen Funktionen dieser Gewerkschaften zu besprechen. Die Arbeiterräte sollen mit — aber nicht allein bestimmen. Wir können nicht allein die Sozialisierung durchführen. Wir müssen in den Wirtschaftskammern auf eine gesunde Arbeiterpolitik achten. Auch im Zeitalter des Sozialismus hätten wir an dem Streikrecht fest, wenn wir es hoffentlich auch in Zukunft nicht so oft werden gebrauchen müssen als bisher. Bei der Sozialisierung ist die Mitarbeit der Gewerkschaften unerlässlich. Arbeiter und Betriebsräte können sie nicht ersetzen. Sie reichen nicht aus zur politischen Vertretung der Arbeiterinteressen. Deshalb müssen wir die Gewerkschaften noch mehr stärken als es in den letzten Monaten kreislaufweise geschehen ist. Parteikämpfe haben schwerwiegendste Aufgaben. Ihre gleichzeitige Durchführung ist die wirkungsvollste und wahrste revolutionäre Tätigkeit. Sie muß gemeinsam mit den Betriebs- und Arbeiterräten erfolgen, in gegenseitiger Förderung. (Stimm. langanhaltender Weisfall.)

Schluß 8 Uhr. — Nächste Sitzung Donnerstag 16 Uhr.

# Preussische Landesversammlung

38. Sitzung, Mittwoch, den 2. Juli 1919, nachmittags 1 Uhr.

Vorsitzend Leinert eröffnet die Sitzung.

Die zweite Lesung des Justizgesetzes wird fortgesetzt.

Hg. Freymuth (Soz.): Auch wenn das Gesetz Programm die Wahl von Richtern durch das Volk vorschreibt, gestalte ich mir, anderer Meinung zu sein. Ich bin noch wie vor für die Ernennung von Richtern. (Dort, hört!) Auch die neue Reichsverfassung, an der doch Sozialdemokraten mitgearbeitet haben, kennt keine Wahl der Richter durch das Volk. Die Erfahrungen in Amerika und in der Schweiz sprechen durch aus nicht für die Volkswahl. In Amerika z. B. gibt es neben den Wahlrichtern ernannte Richter, und die ernannten Richter haben sich besser bewährt, weil die Wahlrichter ganz naturgemäß in das Parteigetriebe hineingezogen worden sind. (Dort, hört! rechts und in der Mitte. — Zurufe bei den Soz.: Wer hat Sie ermächtigt, das zu sagen?) Ich spreche nur für meine Person. Wie sollen denn die Richter gewählt werden? Sollen etwa 4000 Richter in einem Wahltag vom ganzen Volke gewählt werden? (Zuruf bei den U. Soz.: Das hätten Sie zweyen sollen, bevor Sie Sozialdemokrat wurden. Lachen.) Ich habe vor meiner Wahl öffentlich erklärt, daß ich gegen die Wahl von Richtern durch das Volk bin, und niemand hat davon Anstoß genommen. Ich bin Demokrat und Sozialist, aber ich unterkriebe nicht jedes Wort des Parteiprogramms. Bei der Ernennung von Richtern dürfen parteipolitische Gesichtspunkte nicht mitzureden. Das aber ist bisher oft geschehen. (Zuruf rechts: Sie sind doch Oberlandesgerichtsrat geworden!) Das war ich, bevor ich Sozialdemokrat wurde.

Zustimmungen am Beibehalt: Für die Lage der Rechtsanwaltschaft habe ich mir so viele Vorstellungen, als ich selbst dieicht Blume angehört habe. Die Rechtsanwaltschaft müßten per tun, sich vielmehr als bisher mit dem Studium der Streugesetze zu befassen.

Hg. Dr. Reineke (Zr.): Herr Freymuth scheint bei der Sozialdemokratie doch noch nicht so fest verankert zu sein. (Heiterkeit.) Es geht um den Umkreis, was so schnell, auch wenn man kein Akademiker, sondern schon ein Oligarchist ist. (Heiterkeit.)

